Beschwerde gegen Batterie Riesen nach dem Lieferketterngesetz wegen Misständen in Minen der DR Kongo

30 Arbeiter und Anwohner fordern Maßnahmen gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen und giftige Umweltverschmutzung in Minen, die mit dem weltweit größten Hersteller von Batterien für Elektrofahrzeuge in Verbindung stehen

(28. Oktober 2026) – Heute haben 30 Arbeiter und Anwohner, die von zwei großen Kupfer-Kobalt-Minen in der Demokratischen Republik Kongo betroffen sind, eine formelle Beschwerde bei den deutschen Tochtergesellschaften von CATL eingereicht, dem chinesischen Unternehmen, das der weltweit größte Hersteller von Batterien für Elektrofahrzeuge ist. Sie fordern Maßnahmen gegen schwerwiegende Arbeitsrechtsverletzungen, giftige Umweltverschmutzung und andere mit den Minen verbundene Schäden.

In der Beschwerde wird beschrieben, dass die Arbeiter unter übermäßigen Arbeitszeiten, unzureichender Bezahlung, Diskriminierung und unsicheren Arbeitsbedingungen leiden. Sie enthält auch die Beschwerden der in der Nähe der Minen lebenden Gemeinden, die von schwerwiegender Wasser- und Luftverschmutzung berichten, die ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlagen bedroht. Einige Familien wurden ohne angemessene Entschädigung umgesiedelt, während diejenigen, die Bedenken geäußert haben, mit Repressalien konfrontiert wurden.

„Wir bekamen am ganzen Körper Hautausschläge und fingen an zu husten“, sagte ein Beschwerdeführer, der früher in der Nähe der Kalkfabrik der Tenke-Fungurume-Mine (TFM) lebte. „Wenn die Fabrik in Betrieb war, war das ganze Dorf mit Staub bedeckt! Uns war auch schwindelig, als hätten wir Alkohol getrunken.“

Unterstützt von sechs kongolesischen und internationalen Menschenrechts- und Umweltorganisationen wurde die Beschwerde gemäß dem deutschen Gesetz zur Sorgfaltspflicht in Lieferketten (LkSG) eingereicht, das deutsche Unternehmen verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten zu erkennen, zu verhindern und zu beheben. Darin werden die deutschen Tochtergesellschaften von CATL, die gemeinsam als „CATL Germany“ bezeichnet werden, aufgefordert, ihren Einfluss geltend zu machen, um die Schäden zu beheben.

CATL, ein marktführender Gigant in der Herstellung von Batterien und großtechnischen Energiespeichern, beliefert große europäische Automobilhersteller wie den Volkswagen-Konzern, Mercedes-Benz und BMW mit Batteriezellen. Im ersten Halbjahr 2026 hatte CATL einen Anteil von 44,3 % am europäischen Markt für Elektrofahrzeugbatterien und lieferte sowohl in China als auch in Europa hergestellte Batteriezellen. In Deutschland betreibt CATL ein Batteriewerk in der Nähe von Arnstadt in Thüringen mit 1.700 Beschäftigten.

Die Beschwerde betrifft die Minen Kisanfu (KFM) und Tenke Fungurume (TFM), beides riesige Industrieminen im Kupfer-Kobalt-Gürtel der Demokratischen Republik Kongo, die vom chinesischen Bergbaukonzern CMOC betrieben werden. CATL unterhält umfangreiche finanzielle Verbindungen zu den Minen, darunter eine indirekte Beteiligung von fast 25 % an CMOC und eine gemeinsame Investition in KFM. Aus Unternehmensunterlagen geht zudem hervor, dass Kupfer und Kobalt aus den Minen in die Batterie-Lieferkette von CATL gelangen.

Arbeitnehmer berichten von zermürbenden Schichten und Drohungen; die Ergebnisse deuten auf mögliche Zwangsarbeit hin
Die Beschwerde betrifft 21 Beschäftigte von KFM und TFM, darunter Festangestellte und Leiharbeiter. Beschäftigte bei KFM berichten von Schichten von bis zu 14 Stunden pro Tag und arbeiten manchmal bis zu 26 Tage in Folge. Sie schildern, dass ihnen bei Verweigerung von Überstunden mit Entlassung oder anderen Sanktionen gedroht wird. Einige geben an, nur 5 bis 6 US-Dollar pro Tag zu verdienen, was unter dem gesetzlichen Mindestlohn im Kongo liegt.

Die Beschäftigten schildern zudem, dass sie ohne angemessene Schutzausrüstung gefährlichem Staub und Chemikalien ausgesetzt sind und nur eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung haben, insbesondere Leiharbeitskräfte. Viele berichten , dass sie keine wirksame gewerkschaftliche Vertretung haben und mit Einschüchterungen oder Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen, wenn sie Bedenken hinsichtlich ihrer Arbeitsbedingungen äußern.

Diese Berichte geben Anlass zu ernsthaften Bedenken hinsichtlich möglicher Zwangsarbeit und Verstößen gegen das kongolesische Arbeitsrecht. Frühere Untersuchungen haben ähnliche Arbeitsrechtsverletzungen bei TFM und anderen Industrieminen im Kongo dokumentiert. Im Jahr 2024 stellte auch das US-Arbeitsministerium Hinweise auf Zwangsarbeit in der kongolesischen Kobaltproduktion fest, unter anderem in Industrieminen.

Anwohner berichten von giftiger Luftverschmutzung und schwerwiegenden Gesundheitsproblemen
Neun Anwohner in der Nähe von TFM haben sich der Beschwerde ebenfalls angeschlossen und äußern ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Umweltverschmutzung und deren Auswirkungen auf ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlagen. Bewohner benachbarter Gemeinden berichten von anhaltendem Husten, Nasenbluten, Atembeschwerden und anderen gesundheitlichen Problemen.

Eine im März 2026 von EIA und PremiCongo veröffentlichte Studie liefert weitere Belege für giftige Luftverschmutzung in der Umgebung von TFM. Messungen in der Nähe der 30K-Verarbeitungsanlage der Mine ergaben Schwefeldioxid (SO_2)-Konzentrationen, die die Richtwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) überschritten, während eine Auswertung von mehr als 1.200 Krankenakten schwere Atemwegserkrankungen dokumentierte, darunter auch Patienten, die Blut husteten. Separate Untersuchungen in nahegelegenen Wohngebieten ergaben Feinstaubwerte ($PM_{2·5}$ und PM_{10}) über den WHO-Richtwerten, wobei Staubproben erhöhte Konzentrationen an Kobalt und Kupfer enthielten.

In der Beschwerde wird zudem die Vertreibung ohne angemessene Entschädigung beschrieben. Im Mai 2026 wurden elf Gemeindemitglieder festgenommen, nachdem sie in ihr ehemaliges Dorf zurückgekehrt waren, um gegen einen Umsiedlungsprozess zu protestieren, den sie als ungerecht empfanden; acht von ihnen wurden anschließend zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Reaktionen der Unternehmen
TFM und CMOC haben Vorwürfe bezüglich Umwelt- und Arbeitsrechtsverletzungen bereits zuvor bestritten, während der Menschenrechtsbericht von KFM aus dem Jahr 2025 „keine wesentlichen Anhaltspunkte“ für Zwangsarbeit feststellte, jedoch anhaltende Risiken bei Subunternehmern einräumte.

In früheren Stellungnahmen hat CATL jeglichen Zusammenhang mit Zwangsarbeit bestritten und berichtet, dass bei Überprüfungen von 54 Zulieferern weder Zwangsarbeit noch Kinderarbeit oder ökologische Schäden festgestellt wurden, die gegen die Nachhaltigkeitsrichtlinien des Unternehmens verstoßen.

Im Juli schlug die deutsche Bundesregierung vor, die verbindlichen Verpflichtungen ihres Lieferkettengesetzes (LkSG) auf größere Unternehmen zu beschränken – eine Änderung, durch die CATL Deutschland möglicherweise aus dem Geltungsbereich des Gesetzes herausfallen würde. Bis solche Änderungen in Kraft treten, ist das Unternehmen jedoch verpflichtet, das geltende Gesetz einzuhalten.

„Die Anforderungen des deutschen Gesetzes sind klar: Unternehmen müssen Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung, die Gemeinden in ihren Lieferketten betreffen, ernst nehmen und darauf reagieren“, erklärte die Gruppe zivilgesellschaftlicher Akteure, die die Beschwerde unterstützt. „CATL Deutschland sollte diese Beschwerde umgehend untersuchen, mit den Beschwerdeführern in Kontakt treten und seinen Einfluss nutzen, um die von ihnen beschriebenen Missstände und Umweltverschmutzungen zu beseitigen.“

Zu den zivilgesellschaftlichen Gruppen, die die Beschwerde gemeinsam mit den Arbeitnehmern und Gemeindemitgliedern eingereicht haben, gehören: die britische Unternehmensaufsichtsorganisation RAID; African Resources Watch (AFREWATCH) DRC und International, PremiCongo, das Centre d’Aide Juridico-Judiciaire (CAJJ) sowie die Environmental Investigation Agency US (EIA US). Die Beschwerdeführer haben CATL Germany aufgefordert, innerhalb von sechs Wochen nach Eingang der Beschwerde eine substanzielle und begründete Antwort zu übermitteln, in der dargelegt wird, wie das Unternehmen die gemeldeten Missstände und Umweltschäden untersucht, welche Sofortmaßnahmen es ergriffen hat und welche weiteren Schritte es plant.

Weitere Informationen zu den Geschäftsaktivitäten und Lieferkettenverbindungen von CATL, den Beweisen für Missstände und den Reaktionen des Unternehmens sowie zum rechtlichen Rahmen finden Sie im folgenden Hintergrundteil.

Das deutsche Lieferkettengesetz (LkSG) und andere gesetzliche Anforderungen
Das LkSG verpflichtet Unternehmen zur Einrichtung eines internen Beschwerdeverfahrens, über das betroffene Personen und zivilgesellschaftliche Gruppen tatsächliche oder potenzielle Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden im Unternehmensbetrieb und in der Lieferkette melden können. Enthält eine Beschwerde konkrete Hinweise auf mögliche Verstöße bei indirekten Zulieferern, muss das Unternehmen „unverzüglich“ die gemeldeten Verstöße prüfen und einen Plan zur Verhinderung, Beendigung oder Minimierung dieser Verstöße entwickeln und umsetzen.

Betroffene Personen können eine Beschwerde auch beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) einreichen, der für die Durchsetzung des LkSG zuständigen Behörde. Das BAFA kann die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen durch Unternehmen untersuchen, entweder aufgrund von Beschwerden oder von sich aus.

Werden Verstöße festgestellt, kann es Abhilfemaßnahmen anordnen oder Geldbußen verhängen.

Das Gesetz gilt derzeit für Unternehmen mit Sitz in Deutschland oder mit einer deutschen Niederlassung, die im Land mindestens 1.000 Mitarbeiter beschäftigen. Die Bundesregierung plant, den Geltungsbereich des Gesetzes einzuschränken, um ihn an die überarbeiteten EU-Vorschriften anzupassen, die für EU-Unternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und einem jährlichen Nettoumsatz von über 1,5 Milliarden Euro gelten werden. Deutsche zivilgesellschaftliche Organisationen haben die vorgeschlagene Änderung kritisiert und schätzen, dass dadurch etwa 95 % der Unternehmen – wie beispielsweise CATL Germany –, die derzeit unter das LkSG fallen, ausgenommen würden, sodass nur noch rund 150 in Deutschland ansässige Unternehmen erfasst würden.

Ab dem 18. August 2027 verpflichtet die EU-Batterieverordnung große Unternehmen, die den EU-Markt mit Batterien beliefern – darunter auch CATL –, Menschenrechts- und Umweltrisiken im Zusammenhang mit Rohstoffen, einschließlich Kobalt, zu identifizieren, zu verhindern und zu beheben.

Weitere Belege für Missstände und Reaktionen der Unternehmen
Die in der Beschwerde beschriebenen Berichte aus der Bevölkerung decken sich mit jüngsten Erkenntnissen von RAID und AFREWATCH, EIA US und PremiCongo, Wissenschaftlern von Source International und der Universität Lubumbashi sowie der Koalition „Mazingira Pour Tous“.

Auch die eigenen Menschenrechtsberichte der Bergbauunternehmen aus dem Jahr 2025 weisen auf anhaltende Bedenken hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, der Sicherheit, der Sicherheitspraktiken und des Zugangs zu wirksamen Beschwerdeverfahren für Arbeitnehmer und Gemeinden hin. TFM erörtert, wie Landenteignungen und Umsiedlungen die Rechte und Lebensgrundlagen der Menschen beeinträchtigen können, während KFM potenzielle Schadens en im Zusammenhang mit Festnahmen, Inhaftierungen und dem Einsatz von Wachhunden hervorhebt, ebenso wie die Bedenken der Gemeinden hinsichtlich der Wasserqualität, der Wasserverfügbarkeit und der Landwirtschaft.

In einer Stellungnahme vom Dezember 2024 zu Untersuchungen über Zwangsarbeit im kongolesischen Kobaltsektor erklärte CMOC, TFM verfüge über ein „ausgereiftes Managementsystem zur Prävention und Minderung von Menschenrechtsrisiken, einschließlich Kinderarbeit und Zwangsarbeit“.

Im Jahr 2024 erhielt TFM als erste Mine in Afrika das „Copper Mark“, ein freiwilliges Branchenlabel, das nach einer Bewertung der Umwelt-, Sozial- und Governance-Praktiken vergeben wird. KFM erhielt dasselbe Label im August 2026, obwohl acht Bewertungskriterien nur teilweise erfüllt wurden und ein Verbesserungsplan noch in Arbeit ist. Beide Bergwerke verfügen zudem über internationale Zertifizierungen für ihre Managementsysteme in den Bereichen Umwelt sowie Gesundheit und Sicherheit am

Arbeitsplatz. Diese Nachweise stehen im Widerspruch zu den in der Beschwerde dokumentierten Belegen für Missstände und Umweltverschmutzung.

CATL in Deutschland und Europa
Die Contemporary Amperex Technology Co. Limited (CATL) mit Hauptsitz in der Stadt Ningde im Südosten Chinas stellt fast 40 % der weltweiten Batterien für Elektrofahrzeuge her und strebt nun an, Marktführer für Batterie-Energiespeichersysteme zu werden.

Das Werk in Thüringen produziert Batteriezellen – die Einheiten, die Energie speichern – und baut diese zu größeren Einheiten, sogenannten Modulen, für Elektrofahrzeuge zusammen. Die Umweltgenehmigungen für das Werk sehen die Verwendung von kupfer- und kobalthaltigen Materialien bei der Batterieproduktion vor: Dünne Kupferbleche werden zur Herstellung von Batteriekomponenten verwendet, und das Werk ist berechtigt, bis zu 2.205 Tonnen eines Pulvers zu lagern, das Lithium, Nickel, Kobalt und Mangan enthält.

CATL vertreibt zudem in China hergestellte Batteriezellen über seine „Zentralen Vertriebszentren“ in den deutschen Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt auf den europäischen Markt. Diese Zentren nehmen Zellen aus den CATL-Werken in China entgegen, prüfen und verpacken sie neu und versenden sie an die Kunden.

Diese Aktivitäten sind Teil des umfassenden Liefernetzwerks von CATL für europäische Automobilhersteller. CATL beliefert große deutsche Automobilhersteller, darunter BMW, Mercedes-Benz und Marken der Volkswagen-Gruppe wie Audi und Porsche, mit kobalthaltigen Batteriezellen. Ein Teil dieser Batterien wird im Werk in Thüringen hergestellt.

CATL betrachtet Europa als „wichtigen Markt“ und bezeichnet Arnstadt als seinen „EU-Hauptsitz“. Außerhalb Deutschlands stellt das Unternehmen auch Batteriemodule in Debrecen, Ungarn, her, wo es im September 2026 mit der Testproduktion von Batteriezellen begonnen hat. Außerdem baut es gemeinsam mit dem Automobilhersteller Stellantis ein Batteriewerk in Zaragoza, Spanien. Die für diese Werke geplanten Lithium-Ionen-Batterien verwenden alle Kupfer, enthalten jedoch nicht alle Kobalt: Das spanische Werk wird kobaltfreie Batterien herstellen, während das ungarische Werk beide Arten produzieren soll.

Beteiligungen und Verbindungen von CATL zum Vorstand von CMOC
KFM hat sich zur weltweit größten Kobaltmine entwickelt. Zusammen produzierten KFM und TFM im Jahr 2025 etwa 44 % des weltweit geförderten Kobalts sowie mehr als 740.000 Tonnen Kupfer.

CATL unterhält sowohl durch Beteiligungen als auch durch die Vertretung im Vorstand erhebliche unternehmerische Verbindungen zu CMOC, dem chinesischen Bergbauunternehmen, das die TFM- und KFM-Minen betreibt. Zum 30. Juni 2026 hielt CATL über seine Tochtergesellschaft Luoyang Times Resources Holdings indirekt 24,91 % an

CMOC und war damit der zweitgrößte Anteilseigner von CMOC. Zwei Führungskräfte von CATL sitzen zudem im Vorstand von CMOC, einer davon als stellvertretender Vorsitzender.

Die Verbindungen von CATL zu KFM
Im April 2021 gaben CATL und CMOC eine „strategische Partnerschaft“ zur gemeinsamen Erschließung von KFM bekannt. Über ihre Tochtergesellschaften hält CMOC 75 % und CATL 25 % an der KFM Holding, die wiederum 95 % der Mine besitzt (die restlichen 5 % liegen beim kongolesischen Staat). Die Unternehmen vereinbarten, sich die Projektfinanzierung sowie die Bezugsrechte für die künftige Kupfer- und Kobaltproduktion der Mine entsprechend ihrer Beteiligungsquote zu teilen.

Zwei im Dezember 2024 unterzeichnete Lieferverträge verbinden den Bergbaubetrieb von KFM mit dem Batteriegeschäft von CATL. Der eine betrifft den Verkauf von Kupfer und Kobalt von KFM an andere Unternehmen innerhalb der CMOC-Gruppe. Der andere betrifft den Verkauf von Metallen, darunter Kupfer, Kobalt, Nickel und Lithium, von CMOC an die CATL-Gruppe.

Ursprünglich für den Zeitraum 2025–2027 vorgesehen, sollen diese Vereinbarungen nun im Rahmen von Ersatzvereinbarungen fortgeführt werden, die im Juli 2026 vom Vorstand von CMOC und im August von dessen Aktionären genehmigt wurden. Die Ersatzvereinbarungen würden die Vereinbarungen bis Ende 2028 verlängern und den maximalen Jahreswert der Transaktionen erhöhen.

Hinweise deuten auf TFM als weiteren Lieferanten für CATL hin
Die Liefervereinbarungen von CMOC mit CATL gehen über KFM hinaus. In einem Rundschreiben vom Juli 2026 erklärt CMOC, dass das an CATL verkaufte Kupfer und Kobalt „nicht unbedingt“ von KFM stamme. Die Hinweise deuten darauf hin, dass TFM die wahrscheinliche Quelle für Lieferungen außerhalb von KFM ist. Das Kupfer und Kobalt von TFM wird über IXM, die Metallhandels-Tochtergesellschaft von CMOC, vermarktet.

Laut der in dem Rundschreiben zitierten CMOC-Geschäftsführung habe die gesteigerte Produktion bei TFM und KFM den Kupfer- und Kobaltbedarf der CMOC-Gruppe gedeckt, ohne dass im Jahr 2025 oder bis zu diesem Zeitpunkt im Jahr 2026 Einkäufe von unabhängigen Dritten getätigt worden seien.

Mit Blick auf die Zukunft heißt es in dem Rundschreiben, dass der erwartete Kobaltbedarf von CATL die Menge übersteigt, die KFM gemäß den von der kongolesischen Regierung festgelegten Quoten exportieren darf. CMOC plant, diese Lücke über IXM zu schließen und damit einen Weg für weitere Lieferungen von TFM zu schaffen.

Die Beziehungen von TFM zu den europäischen und US-amerikanischen Märkten

Das Kupfer von TFM ist zudem für den US-Markt bestimmt. Im Januar 2026 gab Gécamines – das staatliche Unternehmen des Kongo – bekannt, dass es 100.000 Tonnen der Kupferproduktion von TFM zum Verkauf auf dem US-Markt erwerben werde, unterstützt durch den Rohstoffhändler Mercuria. Im Februar berichtete die US-amerikanische International Development Finance Corporation (DFC), dass das Gécamines-Mercuria-Joint-Venture mit der Auslieferung des für die Vereinigten Staaten zugesagten Kupfers begonnen habe. Vor kurzem, am 15. Oktober, gab Mercuria bekannt, dass im Rahmen der umfassenderen Vereinbarung zwischen Gécamines und Mercuria 12.000 Tonnen kongolesisches Kupfer an „Project Vault", eine strategische Mineralienreserve der USA, geliefert worden seien.

Die Untersuchung der EIA vom März 2026 identifizierte das belgische Werkstoffunternehmen Umicore als einen der Hauptabnehmer von Kobalt aus der TFM-Mine von CMOC, mit wahrscheinlichen Verbindungen in der nachgelagerten Lieferkette zu europäischen Automobilherstellern wie BMW, Mercedes-Benz und Volkswagen.

Neue Untersuchung weckt Bedenken hinsichtlich der Nickel-Lieferkette von CATL
Eine separate Untersuchung, die am 16. Oktober 2026 von *Voxeurop*, *The Guardian* und anderen europäischen Medien veröffentlicht wurde, weckte weitere Bedenken hinsichtlich der Mineralienlieferketten von CATL. Sie verfolgte den Weg von Nickel aus indonesischen Minen, die mit weitreichender Entwaldung auf von indigenen Gemeinschaften bewohnten Gebieten in Verbindung stehen, bis zu einem chinesischen Hersteller von Batteriematerialien, der CATL beliefert.

Weiterführende Literatur:

Zum deutschen Gesetz zur Sorgfaltspflicht in Lieferketten (LkSG) und seinen Beschwerdeverfahren

- Europäisches Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR), Brot für die Welt und Misereor, *Zwei Jahre deutsches Lieferkettengesetz – Eine Zwischenbilanz*, Mai 2025.

Zu den Arbeitsbedingungen bei TFM und anderen Industrieminen im Kongo

- RAID und CAJJ, *Arbeitnehmerrechte unter der Lupe: Ein Update zu den Arbeitsbedingungen in den Industrieminen der DR Kongo*, Juli 2025.
- RAID und CAJJ, *Der Weg in den Ruin? Elektrofahrzeuge und Verletzungen der Arbeitnehmerrechte in den industriellen Kobaltminen der DR Kongo*, November 2021.

Zu Umweltverschmutzung, Vertreibung und anderen Auswirkungen auf die Anrainergemeinden bei TFM und anderen Industrieminen im Kongo

- EIA US und PremiCongo, *„Giftiger Wandel: Wie der weltweit größte Kobaltproduzent angeblich seit Jahren Gemeinden vergiftet*", März 2026.

- EIA US, AFREWATCH und andere zivilgesellschaftliche Gruppen, „11 Gemeindevorsteher in der DR Kongo inhaftiert: Der inakzeptable Preis dafür, Tenke Fungurume Mining die Wahrheit zu sagen“, Mai 2026.
- Mazingira Pour Tous, in Zusammenarbeit mit Resource Matters, *„Luftverschmutzung in Fungurume: Stirbt Manomapia unter der 30K-Anlage?*“, September 2026.
- RAID, AFREWATCH und Source International, *„Eine tödliche chemische Spur: Neue wissenschaftliche Beweise enthüllen industrielle Verschmutzung in den Kupfer-Kobalt-Minen der DR Kongo“*, Juni 2026.
- RAID und AFREWATCH, *Hinter dem Grün: Ein kritischer Blick auf die ökologischen und menschlichen Kosten des industriellen Kobaltabbaus in der DR Kongo*, März 2024.